

**„Jesus weint“**  
**Predigt zu Lk 19,41-48**  
**10. Sonntag nach Trinitatis, 9. August 2015**  
**Evang.-Luth. Christuskirche, Bad Neustadt a.d. Saale**

[Predigttext ist Evangeliumslesung]

*41 Und als er [Jesus] nahe hinzukam, sah er die Stadt und weinte über sie 42 und sprach: Wenn doch auch du erkennst zu dieser Zeit, was zum Frieden dient! Aber nun ist's vor deinen Augen verborgen. 43 Denn es wird eine Zeit über dich kommen, da werden deine Feinde um dich einen Wall aufwerfen, dich belagern und von allen Seiten bedrängen, 44 und werden dich dem Erdboden gleichmachen samt deinen Kindern in dir und keinen Stein auf dem andern lassen in dir, weil du die Zeit nicht erkannt hast, in der du heimgesucht worden bist. 45 Und er ging in den Tempel und fing an, die Händler auszutreiben, 46 und sprach zu ihnen: Es steht geschrieben (Jesaja 56,7): »Mein Haus soll ein Bethaus sein«; ihr aber habt es zur Räuberhöhle gemacht. 47 Und er lehrte täglich im Tempel. Aber die Hohenpriester und Schriftgelehrten und die Angesehenen des Volkes trachteten danach, dass sie ihn umbrächten, 48 und fanden nicht, wie sie es machen sollten; denn das ganze Volk hing ihm an und hörte ihn.*

Liebe Gemeinde!

Eine ganz besondere Begebenheit will uns heute ansprechen. Wir haben es eben in der Lesung des Evangeliums gehört: Jesus weint über Jerusalem. Er weint! Es ist die einzige Stelle im ganzen Neuen Testament, wo wir von einer solchen Gefühlsregung bei Jesus erfahren. Sonst sind es stets die anderen, die weinend zu Jesus kommen. Hier aber weint er selber.

Wenn jemand weint, ist das echt, authentisch. Weinen kann man nicht einfach so. Es gehört zur ganz hohen Kunst der Schauspielerei, wenn ein Darsteller in einer ganz bestimmten Szene sozusagen auf Befehl echte Tränen vergießen kann. Meistens versetzt sich der Schauspieler dabei auch in die traurige Situation der Szene, die er spielt, so dass das Weinen das leichter fällt. Weinen ist also nie einfach so gemacht. Weinen ist immer echt. Es sind echte Gefühle von Schmerz und Traurigkeit, die einen dann übermannen.

Jesus weint über Jerusalem. Es ist ein klagendes Weinen, ein verzweifeltest Weinen: *Wenn doch auch du erkennst zu dieser Zeit, was zum Frieden dient! Aber nun ist's vor deinen Augen verborgen.* Jesu Weinen ist wie Liebeskummer über Jerusalem. Weshalb ihm Jerusalem Liebeskummer bereitet, erfahren wir in unserem Bibelwort unmittelbar nach Jesu Weinen. Jesus geht in den Tempel und beklagt: *Mein Haus soll ein Bethaus sein; ihr aber habt es zur Räuberhöhle gemacht.*

Jesus weint über Jerusalem. Er weint über seine Volksgenossen, verzweifelt an ihnen, weil sie so sind, wie sie sind. Da ist der Tempel in Jerusalem. Ein Traditionsheiligtum der Juden seit Jahrhunderten. Aber was ist daraus geworden? Aus einem heiligen Ort hat man einen florierende Einnahmequelle gemacht. Händler und Geldwechsler verdienen sich an den vielen Pilgern dumm und dämlich. Und mit ihnen all diejenige, die irgendwie am Tempelbetrieb beteiligt sind: Priester und Leviten, die Helfer und Zulieferer. Es ist davon auszugehen, dass Jesu radikale Kritik an der Tempelwirtschaft dazu geführt hat, dass man ihn bei den Römern als Aufwiegler anschwärzte und er so ans Kreuz kam. Ja, zu allen Zeiten reagieren Menschen äußerst aggressiv, wenn ihnen unberechtigte, aber attraktive Verdienstmöglichkeiten genom-

men werden sollen.

Wir sehen also: Jesu Weinen über Jerusalem hat nichts mit dem sogenannten Verhalten der sogenannten Juden zu tun. Jesu Weinen über Jerusalem ist ein Weinen, ein Verzweifeln über menschliches Verhalten, das allerorten und zu allen Zeiten begegnet. Das festzustellen ist sehr wichtig heute an diesem 10. Sonntag nach Trinitatis.

Der heutige Sonntag hieß nämlich früher „Judensonntag“. Und an diesem Sonntag vergewisserte sich die Christenheit über Jahrhunderte hinweg, dass sie das jüdische Volk beerbt habe, an seine Stelle getreten sei, weil die Juden eben so böse und uneinsichtig gegenüber Jesus gewesen seien. Als wenn es Bosheit und Uneinsichtigkeit nicht bis zum heutigen Tage geben würde! Jesu Weinen wurde so interpretiert: als Abgesang auf die Juden, als Bruch Jesu mit ihnen. Dazu gesellten sich im Laufe der Zeiten die üblichen antijüdischen und antisemitischen Vorurteile, und so wurde aus dem Sonntag des Gedenkens der Zerstörung Jerusalem durch die Römer im Jahre 70 nach Christus der Sonntag gegen das jüdische Volk.

Jesus weint über Jerusalem. Aber nicht gegen Jerusalem. Er weint, weil die Menschen damals einfach nicht sehen wollten, was zu ihrem Frieden und dem Frieden der anderen dient. Ob Jesus heute keinen Grund zum Weinen hätte? Damals die Pharisäern und Schriftgelehrten. Das waren gebildete, hochanständige, engagierte Leute im damaligen Judentum. Aber sie waren, wie es oft kommt, leider auch selbstgerecht und unbarmherzig. Peinlich achtete man auf die Erfüllung der Gesetze Gottes. Und vergaß darüber den Mitmenschen. Hervorragend aufregen ließ es sich über eine auf frischer Tat ertappte Ehebrecherin, wobei man aber vergaß, dass zum Ehebruch immer zwei dazu gehören. Und bei den Armen und Kranken war man sich sicher, dass sie letztlich selbst schuld waren an ihrem Schicksal.

Wenn ich lese, was republikanische Präsidentschaftskandidaten in den USA so von sich geben, dann sehe ich keine Unterschiede zu dem, worüber Jesus geweint hat. Immer gegen Minderheiten, jeder ist an seinem Glück oder Unglück selbst Schuld, bloß keine gesetzliche Krankenversicherung und Waffen für jedermann. Und die meisten dieser Leute berufen sich auch noch auf den christlichen Glauben. Das ist zum Weinen!

Jahrhundertlang hat man sich an diesem sogenannten Judensonntag über die Blindheit der Juden echauffiert, dass sie nicht gewusst hätten, was zu ihren Frieden dient. Was für eine Hybris. Natürlich haben es viele nicht gewusst. Aber sind wir heute besser dran? Wissen wir denn, was heute zu unserem Frieden, zu unserem — ich füge noch ein Wort hinzu — sozialen Frieden dient? In Europa und in unserem Land?

Die Rettungspakte, die milliardenschwer nach Griechenland gehen, retten die eigentlich Griechenland oder vielmehr unser Bankensystem? Ich finde es auch mehr als ärgerlich, dass es in Griechenland kein funktionierendes Steuersystem gibt und jeder den Staat betrügt, wo er nur kann. Dennoch: die Hilfspakete helfen in erster Linie den Banken, und das Land droht sich kaputt zu sparen. Das sagen seit geraumer Zeit auch seriöse Ökonomen.<sup>1</sup> Oder: In den USA erzielt mittlerweile ein Konzernchef das 300-fache Gehalt eines Angestellten. 1965 war es noch das 20-fache. In den wirtschaftsliberalen und daher unverdächtigen USA wird bereits diskutiert, was man dagegen machen kann. Und Claus Hulverscheidt gibt in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG von diesem Wochenende zu bedenken: „jeder Einkommensmillionär sollte sich aus

eigenem Interesse die Frage stellen, wie weit die Gehaltsschere auseinanderklaffen kann, bevor die chronisch Benachteiligten seinen Palast stürmen oder einen Verrückten zum Regierungschef wählen.“<sup>2</sup> Und ein letzter Gedanke: Alle Welt klagt über die Zunahme von Gewalt und Kriegen auf unserer Welt und über die damit verbundenen Flüchtlingsströme nach Europa. Aber warum spricht niemand darüber, dass all diese gewalttätigen Konflikte befeuert werden mit bei uns produzierten Waffen? Es gibt einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingsströmen und internationalem Waffenhandel.

Jesus weint über Jerusalem und klagt: *Wenn doch auch du erkennst zu dieser Zeit, was zum Frieden dient! Aber nun ist's vor deinen Augen verborgen.* Ja, wenn doch auch wir erkennen würden, was zum Frieden dient. Aber das zu erkennen ist schwer. Für die Juden damals genauso schwer wie für uns heute.<sup>3</sup> Das müssen wir heute feststellen am Gedenktag der Zerstörung Jerusalems: Widerstand oder Ergebung? Was dient zum Frieden?

Aber zum Glück brüllt und schreit Jesus nicht herum. Zum Glück ruft er nicht vor Zorn einen Fluch aus. Zum Glück weint Jesus. Ihn kümmert es, dass die Jerusalemer so falsch ticken. Ihn kümmert es vor lauter Liebeskummer.

„Kommt doch und sehet's ein, was zu eurem Frieden dient.“<sup>4</sup> Das ist die einladende, frohe Botschaft Gottes an uns. Weil wir das oft nämlich nicht sehen, was zu unserem Frieden dient. Zur Zeit Jesu nicht und heute auch nicht. Und deshalb weint Jesus. Und Gott mit ihm.

Wer weint, den lässt etwas nicht kalt. Was für ein Glück also, dass Jesus weint. Das Schicksal Jerusalems, das was aus der heiligen Stadt wird, hat ihn nicht kalt gelassen. Und ihn lässt auch nicht kalt, was aus uns wird. Und darum schalt bis heute seine frohe und einladende Botschaft durch alle Lande: „Kommt doch und sehet's ein, was zu eurem Frieden dient.“ Der falsche Weg jedenfalls sind Selbstgerechtigkeit und andern die Schuld an ihrer Not geben.

Machen wir uns auf den Weg zu dem, was unserem Frieden dient. Jesus führt uns auf diesem Weg!

#### Anmerkungen:

- 1) JEFFREY SACHS, 60, ist Direktor des Earth Institute an der Columbia-Universität New York. In der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 01.08.2015, S. 24 schreibt er: Ludger Schuknecht, Chefökonom des Bundesfinanzministeriums, hat in der Süddeutschen Zeitung den Standpunkt des Ministeriums zu Griechenland erläutert. Im Kern sagt er, dass die Mitglieder der Euro-Zone nicht über ihre Verhältnisse leben sollten. Sie müssten ihre Schuldenlast senken und notfalls die bittere Reformmedizin nehmen. Wenn sie sich daran hielten, würden sie Erfolg haben, wie Irland, Spanien und Portugal zeigten. Griechenland sei selbst schuld an seiner Krise; das Land sei bis Ende 2014 auf dem Weg zur Besserung gewesen, aber dann vom Weg abgewichen. Ich habe größten Respekt vor dem fähigen, nachdenklichen Ökonomen Ludger Schuknecht. Trotzdem glaube ich, dass er die historische Realität nicht richtig sieht. Sein Rezept ist sicher meistens richtig – Länder sollten ihre Schulden zurückzahlen und Reformen umsetzen, die dies möglich machen. Manchmal jedoch ist dieses Rezept falsch – nämlich dann, wenn der Schuldendienst zusammen mit anderen Wirtschaftsproblemen eine Gesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs bringt. Die Weisheit liegt darin, die Fälle herauszufinden, in denen das falsch ist – und dann entsprechend kreativ zu reagieren. Das Rezept war falsch im Falle der Weimarer Republik der 1920er- und frühen 1930er-Jahre, als Deutschland erst in die Hyperinflation und dann in die Depression getrieben wurde. Deutschland bat die USA um langfristige Entlastung bei den Reparationen und beim Schuldendienst, allerdings vergeblich. Erst kam die Hyperinflation, dann die Massenarbeitslosigkeit, dann der Zusammenbruch von Banken und ein großer Run auf das Bankensystem 1931, was zur Schließung der Banken führte (wie heute in Griechenland). US-Präsident Herbert Hoover gewährte schließlich ein Schulden-Moratorium, aber es war zu spät. Hitler kam 1933 an die Macht. Das Rezept war ebenfalls falsch im Falle mehrerer lateinamerikanischer Länder in den 1980er-Jahren. Während der

1970er- Jahre hatten die US-Banken leichtsinnig Kredite vergeben und die lateinamerikanischen Regierungen diese leichtsinnig genommen, was zur Schuldenkrise führte. Mehrere Jahre hielten die USA danach zunächst an einer Politik fest, bei der sie dem Schuldnerland das Geld liehen, das es brauchte, um die Schulden zu bedienen. Schließlich handelten die USA aber ein Paket aus Schuldenerlass und Reformen aus. Das Rezept war ebenfalls falsch in Polen 1989. Damals hatte die Solidarność-Bewegung das kommunistische Regime in die Knie gezwungen, doch die Schulden aus der Sowjet-Ära erstickten alle Hoffnungen im Keim; sie führten zu hoher Inflation und bedrohten die noch junge Demokratie. Ich war damals als Wirtschaftsberater in Polen und habe darauf gedrungen, dass die G-7-Staaten Polen einen Schuldenerlass gewähren. Die USA haben schnell und klug gehandelt, und die anderen G-7-Staaten sind dem Beispiel schnell gefolgt, Deutschland als letztes. Danach florierte Wirtschaft und Demokratie. Es war hingegen ein Fehler, 1992 von Russland zu verlangen, seine Schulden weiter zu bedienen. Damals erbte der neue Präsident Boris Jelzin die bankrotte post-sowjetische Wirtschaft. Wie in Polen 1989 drang ich darauf, Russland einen Teil seiner Schulden zu erlassen. Aber die USA, Deutschland und andere lehnten dies ab. Die Folge: Russland musste sich mehrere Jahre lang mit finanziellen Turbulenzen herumschlagen, was wiederum dazu führte, dass das öffentliche Vertrauen in die neuen, noch fragilen demokratischen Institutionen in Russland schwand. Die westliche Haltung gegenüber Russland beförderte letztlich eine nationalistische Gegenreaktion, ähnlich wie in Deutschland während der Weimarer Republik, als das Land unter den hohen Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg litt und der Nationalismus aufblühte. Um es klarzumachen: In neun von zehn Fällen ist es richtig ( und funktioniert auch), wenn man von verschuldeten Ländern verlangt, dass sie ihre Schulden bedienen; aber im zehnten Fall kann dies ins Verderben führen. Wir dürfen Gesellschaften nicht an den Rand des Zusammenbruchs bringen, auch wenn sie selbst für ihre hohen Schulden verantwortlich sind. Verdiente Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg den Marshall-Plan, also das große Hilfsprogramm der USA? Nein. War der Marshall-Plan dennoch klug, um dem Land einen Neustart zu ermöglichen? Ja. Verdiente Russland 1992 einen Schuldenerlass? Nein. Wäre es klug gewesen, Russland solch einen Schritt anzubieten? Ja. Verdient Griechenland einen Schuldenschnitt? Nein, denn die griechische Wirtschaft wurde sehr lange falsch geführt. Wäre es dennoch gut, Griechenland solch einen Schuldenschnitt anzubieten? Ja. Keine Frage: Griechenland hat sich zu hoch verschuldet; es hat darin versagt, die Vetterwirtschaft und Korruption zu bekämpfen; und es hat darin versagt, eine neue, wettbewerbsfähige Industrie zu entwickeln. Das Ergebnis ist, dass Griechenland seine Schulden nicht bedienen kann. Die Wirtschaft ist kaputt und die Exportindustrie zu schwach, als dass sie dem Land – wie in Irland und anderswo – einen vom Export getragenen Aufschwung bescheren kann. Die Banken funktionieren nicht mehr, sodass die Unternehmen nicht an Geld für neue Maschinen kommen können. Griechenland befindet sich in einer tödlichen Spirale aus Austerität, Kapitalvernichtung, brain drain, Kapitalflucht und wachsenden sozialen Unruhen. Warum bin ich mir so sicher? Ich verfolge die Entwicklung nun seit sechs Jahren jeden Tag, und ich habe verschiedenen griechischen Regierungen – linken, rechten und aus der Mitte – zu helfen versucht, um gemeinsam mit Deutschland und dem Rest von Europa eine intelligente Lösung zu finden, die das Wachstum voranbringt. Aber ich musste die Erfahrung machen, dass das deutsche Finanzministerium während aller dieser Jahre nicht wirklich nach einer Lösung gesucht hat. Griechenland durchlebt eine ökonomische Krise, die nicht weniger dramatisch ist als die Krise, die Deutschland zwischen 1930 und 1932 unter dem damaligen Reichskanzler Heinrich Brüning erlebt hat. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27 Prozent, unter den jungen Menschen sogar annähernd bei 50 Prozent; die Wirtschaftsleistung ist um 30 Prozent eingebrochen; den Banken droht der Kollaps. Griechenland befindet sich an einer Wegscheide. Deutschland kann Griechenland eine Lektion erteilen und verlangen, all das umzusetzen, was Deutschland fordert; aber Griechenland wird zusammenbrechen, wenn es gezwungen wird, seine Schulden weiter in voller Höhe zu bedienen und seine Staatsausgaben entsprechend zu kürzen. Solch eine Politik wird unmöglich funktionieren – so wie auch die eiserne Sparpolitik in Deutschland unter Heinrich Brüning nicht funktioniert hat. Solch eine Politik wird am Ende dazu führen, dass sich in Griechenland keine demokratisch gewählte Regierung mehr als ein paar Monate halten kann. Der eingeschlagene Weg wird ins Desaster führen. Die deutschen Steuerzahler glauben, dass sie außerordentlich großzügig gegenüber Griechenland gewesen sind, indem sie dem Land immer neue Kredite gewährt haben. Doch sie unterliegen dabei teilweise einer Illusion. Denn tatsächlich haben sich die deutschen Steuerzahler nicht gegenüber Griechenland großzügig gezeigt, sondern gegenüber ihren eigenen Banken. So ist Griechenland gezwungen worden, das erste Hilfspaket von 100 Milliarden Euro im Jahr 2010 nicht für sich selber zu verwenden, sondern damit seine Schulden gegenüber den Banken abzulösen, vor allem gegenüber deutschen und französischen Banken. Auf ähnliche Weise wurde Griechenland gezwungen, das zweite Hilfspaket dafür zu verwenden, seine ausländischen Gläubiger zu bedienen. So gut wie nichts aus den Hilfspaketen wurde dazu verwendet, die Investitionen anzukurbeln – dabei braucht Griechenland diese so dringend, um ein vom Export getriebenes Wachstum zu erreichen und um seinen sozialen Aufgaben

nachzukommen. Jetzt wird Griechenland ein drittes Hilfspaket erhalten, aber erneut wird es verwendet, um die Gläubiger zu bedienen: den Internationalen Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, den europäischen Rettungsfonds EFSF und andere. Und es wird dazu verwendet, um Geld in notleidende Banken zu stecken. Ja, die deutschen Steuerzahler waren großzügig – aber nur zu den Banken und anderen Institutionen, die Griechenland Geld geliehen haben; nicht aber zum griechischen Volk. Der Schuldendienst wird dadurch zu einem Hütchenspiel: Man gibt Griechenland alle paar Jahre einen zweistelligen Milliardenbetrag, damit es seine Schulden an andere zurückzahlen kann. Experten nennen diese Politik: „Pretend and extend“ – vortäuschen und verlängern. Das Problem dabei ist: Die Schulden steigen immer weiter; die griechischen Banken sterben; und die kleinen und mittleren Unternehmen in Griechenland brechen zusammen. Auch der brain drain, die Abwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte aus Griechenland, wird weitergehen. Es ist der Tod durch Schulden. Diese Strategie hat in den 1980er-Jahren in Lateinamerika nicht funktioniert, und sie wird es auch Griechenland nicht erlauben, aus der ökonomischen Todesfalle zu entkommen. Kurzum: Wenn eine Krise so einschneidend ist wie in Griechenland, hat der mächtigste Gläubiger eine historische Verantwortung. Deutschland muss Griechenland helfen, einen neuen Anfang zu machen, anstatt zusammenzubrechen. Deutschland muss handeln und dafür sorgen, dass Griechenland ein Teil seiner Schulden erlassen wird – das wäre im Sinne des europäischen Wohlstands, der europäischen Demokratie und der europäischen Einheit. Natürlich muss ein Schuldenschnitt einhergehen mit größeren Strukturreformen in Griechenland. Aber gerade Deutschland weiß aufgrund der Erfahrungen mit der Agenda 2010 unter Gerhard Schröder: Es braucht Zeit, bis Reformen am Arbeitsmarkt, in der öffentlichen Verwaltung und in der Justiz oder die Öffnung von bislang „geschlossenen Berufszweigen“ zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen. Damals hat Deutschland, als es die Reformen umgesetzt hat, das Maastricht-Schuldenkriterium gebrochen. Heute braucht Griechenland, das sich in einem wesentlich schlechteren Zustand befindet, einen Schuldenschnitt, damit es mit seinen Reformen Erfolg haben kann.

- 2) CLAUS HULVERSCHEIDT in der Süddeutschen Zeitung vom 08.08.2015, S. 4: Martin Winterkorn führt ein Unternehmen mit beinahe 600000 Beschäftigten, die in 31 Ländern jeden Tag 41000 Fahrzeuge bauen. Dass er dafür mit 15 Millionen Euro im Jahr fürstlich entlohnt wird, liegt auch daran, dass VW seinerzeit nicht irgendeinen Herrn Winterkorn als Chef wollte, sondern genau diesen. Da lässt sich gut verhandeln. Nur: Verdient er auch, was er verdient? Ausgerechnet in den wirtschaftsliberalen USA wird diese Frage derzeit heiß diskutiert, denn dort erzielt ein Konzernchef mittlerweile im Schnitt das 300-fache Gehalt eines Angestellten. Noch 1965 war es das 20-Fache. Die Verteidiger riesiger Gehälter betonen gerne, dass Führungskräfte heute auch riesige Verantwortung tragen. Prinzipiell stimmt das, wie das Beispiel VW zeigt: Eine Gesellschaft sollte ein Interesse daran haben, dass ein so komplexer Konzern von einem besonders guten Manager geleitet wird. Besonders gut heißt aber meist auch besonders teuer. Und doch ist das Argument zweischneidig, denn Verantwortung ist etwas sehr Relatives. Erleidet der Chef nämlich – was Gott verhüten möge – einen Herzinfarkt, liegt sein Leben vielleicht in der Hand des jungen, schlecht bezahlten Krankenhausarztes, der gerade Nachtschicht hat. Wer von beiden hat nun mehr Verantwortung? Grundsätzlich ist es in einer Marktwirtschaft nur recht und billig, dass sich auch der Wert der Arbeitskraft nach Angebot und Nachfrage bemisst. Das Marktgleichgewicht allerdings ist schon seit geraumer Zeit gestört. So stieg am unteren Ende des Gefüges – zurecht – der politische Druck auf Arbeitslose, während im Zuge der Globalisierung zugleich die Löhne ins Rutschen gerieten. Der Staat schuf daher aus gesamtwirtschaftlichem, vor allem aber gesamtgesellschaftlichem Interesse einen Mindestlohn, was heute so richtig ist, wie es vor 20 Jahren falsch gewesen wäre. Die Frage ist nun, ob auch am anderen Ende der Lohn-Skala die Auswüchse derart sind, dass sie ein Eingreifen rechtfertigten. Theoretisch wäre es ja denkbar, dass die Regierung einfach eine Summe, zum Beispiel fünf Millionen Euro, oder eine Quote, etwa 100, festlegt, die die Chefgehälter limitiert. Mit staatlich fixierten Grenzen nach unten und oben aber wäre der Weg zu einer rein politischen Festlegung letztlich aller Gehälter nicht mehr weit. Das kann niemand wollen. Das Nein zur Ostblock-Lohnfindung bedeutet aber nicht, dass alles einfach so bleiben kann, wie es ist. Im Gegenteil, jeder Einkommensmillionär sollte sich aus eigenem Interesse die Frage stellen, wie weit die Gehaltsschere auseinanderklaffen kann, bevor die chronisch Benachteiligten seinen Palast stürmen oder einen Verrückten zum Regierungschef wählen. Dass Regulierung möglich ist, zeigt ausgerechnet ein Beispiel wie das der durch und durch kapitalistischen US-Basketball-Liga NBA: Um ein Mindestmaß an Fairness zu wahren, definiert sie eine maximale Lohnsumme für die Teams. Verletzt ein Klub die Grenze, weil er meint, noch einen Star anstellen zu müssen, zahlt er auf jeden zusätzlichen Gehaltsdollar bis zu 4,25Dollar Luxussteuer an alle anderen. Auf VW übertragen hieße das: Läge das von einer Kommission empfohlene Maximalgehalt für Firmenchefs bei fünf Millionen Euro, Winterkorn erhielte aber 25 Millionen, müsste der Konzern darauf mehr als 100 Millionen Euro Luxussteuer zahlen – das ließe auch die Aktionäre nicht kalt. Mag sein, dass das Beispiel schief ist, und doch zeigt es, dass der Staat sehr wohl über Anreizmöglichkeiten verfügt, um die Dinge in eine gesamtgesellschaftlich gesündere Richtung zu lenken. Es ist nur eine Frage des

Willens. Und der Kreativität.

- 3) Zum Thema „Antijudaismus bei Luther“ sei hier erwähnt, was Martin Luther in einer Predigt zu diesem Bibelwort sagt: „Da sie [die Menschen in Jerusalem; M. B.] Gottes Wort nicht annehmen und dem nicht folgen wollten, hat unser Herrgott das alles nicht angesehen und so fest über seinem Wort gewacht, dass seine liebste Stadt [Jerusalem; M. B.] auf das greulichste hat verwüstet werden müssen. Wieviel weniger wird ers andern Städten schenken, die Jerusalem das Wasser nicht reichen können, wo Gott auch nicht selbst gewohnt hat. Er wird es auch anderen Völkern nicht schenken, die ihm nicht so nahe zugehören wie die Juden, die seine Blutsfreunde waren.“ MARTIN LUTHER, Predigt zum 10. Sonntag nach Trinitatis von 1532 über Luk. 19, 41-48; vgl. Luther Deutsch, hrsg. v. Kurt Aland, Bd. 8, S. 323.
- 4) Aus einer Predigt von KARL BARTH vom 24.10.1915. Gefunden bei MATTHIAS FREUDENBERG, GPM 69 (2015), S. 381.